



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
30.10.2025 DIE ZEIT: Wer hat's gefunden? Die Schweiz!	4
29.10.2025 Wendland: Verlängerte Zwischenlagerung: BGZ startet Bürgerbeteiligung in Gorleben	7
29.10.2025 Energiefirmen.de: Nach Sprengung der AKW-Kühltürme in Gundremmingen folgt Neustart als RWE-Batteriestandort	7
29.10.2025 Stadtmagazin Bad Bramstedt: Wer bringt den (Atom)Müll nach unten?	9

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Umwelt

Wer hat's gefunden? Die Schweiz!

Seit Jahren streitet Deutschland über ein geeignetes Endlager für Atommüll – während die Schweiz sich längst auf einen Ort festgelegt hat. Ohne großen Widerstand aus der Bevölkerung. Was können wir von den Nachbarn lernen?

Eine grüne Wiese im Norden von Zürich, rechts ein Kieswerk, links ein Wald, der Rhein mit der deutschen Grenze ist in Sichtweite. Hier soll der hochradioaktive Abfall aus dem Betrieb aller Atomkraftwerke der Schweiz im Boden versenkt werden – in einem Endlager, ausgelegt auf eine Million Jahre. In fast tausend Meter Tiefe muss dafür ein Bergwerk entstehen mit Stollen, die sich über eine Fläche von zwei Quadratkilometern erstrecken. Schon in wenigen Jahren könnten die Bagger und Bohrmaschinen anrollen.

Proteste? Zur bislang einzigen Demonstration waren noch nicht einmal 100 Teilnehmer angereist. »Wir opfern 14 Hektar wunderschöne Landschaftsfläche«, sagt Dieter Schaltegger, der Bürgermeister von Stadel, in dessen Gemeinde das Endlager gebaut werden soll. »Aber wir übernehmen diese Aufgabe für die ganze Schweiz.« Fast ein bisschen stolz klingt er.

Ein Land löst sein Atommüllproblem, und kaum jemand regt sich auf – in Deutschland unvorstellbar. Hier will keiner den gefährlichen Unrat in seiner Nähe haben. CSU und Freie Wähler hielten das sogar in ihrem Koalitionsvertrag fest: »Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.« Dabei hatten eigentlich alle Bundesländer zugestimmt, den Standort für das deutsche Endlager nach streng wissenschaftlichen Kriterien zu bestimmen – und die Suche ist noch längst nicht abgeschlossen.

Seit sieben Jahren durchforsten 200 Geologen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Daten über Deutsch-

lands Untergrund. Sie suchen nach einer ausreichend großen, mindestens 100 Meter mächtigen Gesteinsschicht, die tiefer als 300 Meter liegt. Gebiete mit Vulkanismus, Erdbebengefahr oder alten Bohrungen und Bergwerken kommen nicht infrage. Bisher hat die BGE gut die Hälfte der Landesfläche als ungeeignet für ein atomares Endlager aussortiert. Am Montag wird das nächste Zwischenergebnis bekannt gegeben, noch immer werden dann weite Landesteile im Suchverfahren bleiben. Erst Ende 2027 will die BGE vier bis sechs konkrete Gebiete vorschlagen, die dann weiter untersucht und verglichen werden sollen. Am Ende muss der Bundestag über das nukleare Endlager entscheiden, nach derzeitigem Stand könnte es im Jahr 2074 so weit sein. Dann erst könnte der Bau beginnen.

Bis dahin bleibt der hochradioaktive Abfall dort, wo er weit weniger sicher ist als tief unter der Erde: in den Hallen der 16 über das Land verteilten Zwischenlager, meist neben den stillgelegten Atomreaktoren. Dort stehen bereits 1.300 Castorbehälter, weitere 500 kommen noch dazu. Jeder einzelne davon enthält ein radioaktives Inventar, das dem entspricht, was 1986 bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl freigesetzt wurde.

Deutschland und die Schweiz wählten vor rund zehn Jahren ein ähnliches Verfahren für die Suche. Das Ziel: nicht nur einen sicheren Ort für den Müll finden, sondern den allersichersten Standort des ganzen Landes. Für Deutschland allerdings bedeutet das: eine Flä-

che von über 350.000 Quadratkilometern muss untersucht werden.

»Die Schweiz ist ein kleineres Land, da kommt man schneller voran«, sagt Tim Vietor. Der Geologe ist Mitglied der Geschäftsleitung der Nagra, so heißt die Genossenschaft, die in der Schweiz für Standortsuche und Bau des Endlagers zuständig ist. Die Alpen kamen nicht infrage, denn das junge Gebirge hebt sich noch. Flachland gibt es in der Schweiz nicht viel. Erst sechs, dann drei Gebiete kamen in die engere Auswahl.

Warum es die grüne Wiese in Stadel wurde, erklärt Vietor im Bohrkernarchiv der Nagra. In hohen Regalen lagern dort die Proben aus vielen Erkundungsbohrungen, insgesamt 20 Kilometer lang. Vietor nimmt einen kurzen Abschnitt in die Hand. Er stammt aus 997 Meter Tiefe unter der Wiese in Stadel: »Opalinuston, langweilig grau, kaum Variationen.« Genau das, wonach die Geologen gesucht haben. »Denn Langeweile bedeutet einheitliche Eigenschaften. So können wir vorhersehen, welche Prozesse in diesen Tiefen ablaufen.«

Das Bohrloch in Stadel wird inzwischen zur Langzeitbeobachtung genutzt. Unter einem schweren Metalldeckel führt eine Eisentreppe ein paar Meter in den Überwachungsraum hinunter. Es ist eng, Computer surren, dicke Kabel kommen aus dem Bohrkopf, Messdaten flimmern über Bildschirme. Sie zeigen: Sowohl über als auch unter dem Opalinuston herrscht ein höherer Wasserdruck als innerhalb der 100 Meter dicken Schicht, in der das Schweizer Endlager entstehen soll. Sollten über die

Jahrtausende radioaktive Teilchen ins Grundwasser geraten, würde der Außendruck sie innerhalb der Tonschicht festhalten.

Grundsätzlich kommen drei Gesteinsarten für ein Endlager infrage: Neben Ton auch Granit und Salz. Granit ist sehr fest, bildet aber Risse, in die Grundwasser eindringen kann. Ton ist so weich, dass er ausgetretene radioaktive Teilchen fest umschließt, löst sich nicht in Wasser, leitet aber Wärme schlecht ab. Salz ist ein guter Wärmeleiter und so fließend, dass es entstehende Risse eigenständig abdichtet.

Doch Salz ist wasserlöslich. Den Salzstock in Gorleben hat die BGE aus diesem Grund bereits 2020 aus der Suche ausgeschlossen. Und auch das ehemalige Salzbergwerk Asse, in das Deutschland bis 1978 schwach- und mittelradioaktiven Abfall gekippt hatte, muss wegen Wassereinbrüchen mit Milliardenaufwand wieder geräumt werden.

In Deutschland kommen alle drei Gesteine häufig vor. »Wir haben die Qual der Wahl, weil wir viele gute geologische Formationen haben«, sagt Iris Graffunder, die Chefin der BGE. Das Standortauswahlgesetz verlangt, sie alle gründlich zu prüfen. Neben den Parlamenten von Bund und Ländern sind mehrere Institutionen und eine Vielzahl an Kommissionen mit dem Verfahren befasst, hinzu kommen Formate für die öffentliche Beteiligung. So soll die Akzeptanz der Region gewonnen werden, die es am Ende trifft.

Das sollte den politischen Großkonflikt entschärfen, der sich rund um das geplante Endlager in Gorleben entspannt. Hunderttausende haben über die Jahrzehnte dagegen protestiert – von der ersten Großdemo im März 1979 in Hannover über die Besetzung des Bauplatzes, der zur »Republik Freies Wendland« erklärt wurde, bis hin zu den Sitzblockaden gegen die Castor-Transporte, immer begleitet von riesigen Polizeieinsätzen.

Schon als sich die Bundesrepublik 1977 auf Gorleben festgelegt hatte, galten andere Orte als besser geeignet. Für den Salzstock im Wendland sprach jedoch die Lage der dünn besiedelten Re-

gion direkt an der Grenze zur DDR. Inzwischen wird dort das für zwei Milliarden Euro errichtete Erkundungsbergwerk wieder zugeschüttet.

Jetzt soll der Endlagerstandort ohne politische Hintergedanken festgelegt werden. »Mit einem technisch sauberen Verfahren bekommt man Akzeptanz vor Ort.« Davon ist auch Tim Vietor überzeugt. Der deutsche Geologe gehört nicht nur zur Leitung der Schweizer Nagra, er ist auch Mitglied im Endlagerausschuss der deutschen Entsorgungskommission, einem Gremium, das die Bundesregierung berät. Und das hat Ende 2024 ein Verfahren vorgeschlagen, das sich an der Schweiz orientiert und sehr viel schneller zu einer Entscheidung führen könnte.

Anstatt für alle drei Gesteinsarten geeignete Standorte zu suchen, schlägt die Kommission vor, schon jetzt zu klären, welches Gestein im Vergleich am besten abschneiden würde. Granit fiel dann wohl weg. Denn in ein Endlager im Granit könnte Grundwasser eindringen. Der hochradioaktive Abfall müsste mit extrem beständigen Behältern davor geschützt werden – die es aber noch gar nicht gibt. »Mit dem Ausschluss zu warten, wenn man schon heute genügend Argumente hat, ist nicht zu verantworten«, heißt es im Positionspapier der Expertenkommission.

Bei der Suche nach den besten Standorten in Ton und Salz sollte zudem berücksichtigt werden, wie groß der Aufwand für die Erkundung unter Tage wäre. Der Bau eines oder mehrerer Erkundungsbergwerke sei »nicht zwingend erforderlich«. Das hätten die Auswahlprozesse in Kanada, Schweden oder der Schweiz gezeigt. Das sieht auch BGE-Chefin Iris Graffunder so. Man habe »Beschleunigungsvorschläge veröffentlicht«, dazu gehöre auch, keine aufwendigen Erkundungsbergwerke zu bauen.

Was in der Schweiz auch zur Befriedung und damit zur Beschleunigung der Entscheidungsfindung beigetragen hat: Die Nagra hat Fehler eingestanden. So hat sie ihren ursprünglichen Plan verworfen, die gefährliche Umverpackung der abgebrannten Brennstäbe direkt über dem Endlager vorzunehmen. Stattdessen soll dafür eine so-

genannte heiße Zelle im Zwischenlager neben dem Atomkraftwerk Beznau genutzt werden. Damit wird das Risiko auf zwei Kantone verteilt. »Das hat sich für die Akzeptanz als sehr hilfreich erwiesen«, sagt Tim Vietor.

Die Opalinustonschicht in Stadel hatte die Nagra 2015 zunächst sogar für ungeeignet erklärt. Auf Verlangen der Behörden führte sie trotzdem weitere seismische Untersuchungen und Testbohrungen durch. Dabei stellte sich Stadel als der am besten geeignete Standort heraus. »Die Schweizer sind gnadenlos ehrlich bei der Art, wie sie Dinge kommunizieren«, sagt Iris Graffunder. Das sei vorbildlich.

Ihre Vorschläge zur Beschleunigung des Verfahrens in Deutschland hat die BGE bereits im März gemacht. Neben dem Verzicht auf den Bau von Erkundungsbergwerken gehören dazu auch schlankere Genehmigungsprozesse und eine Beschränkung der Rechte von Eigentümern, deren Grundstücke für seismische Untersuchungen gebraucht werden. Käme es zu den entsprechenden Gesetzesänderungen, sagt Iris Graffunder, wäre es »immer noch möglich, bis Mitte dieses Jahrhunderts einen Standort festgelegt zu haben«.

Das wäre immerhin ein Vierteljahrhundert früher als nach derzeitigem Stand. Das Problem: Die Politik, die für die Beschleunigung des Suchverfahrens das Gesetz ändern müsste, hält zum Atom- und Müll-Thema den größtmöglichen Abstand. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung findet sich zur Endlagersuche: kein einziges Wort.

In der Schweiz prüfen die Behörden unterdessen bereits technische Details des geplanten Endlagers. 30.000 Seiten hat die Nagra vorgelegt. Wird der Antrag genehmigt, soll 2029 – wahrscheinlich per Volksabstimmung – endgültig über den Bau entschieden werden.

Und in Stadel verflüchtigt sich gerade eine weitere Sorge. Die hat nichts mit der Sicherheit des hochradioaktiven Materials zu tun, versichert der Bürgermeister Dieter Schaltegger. »Das große Thema war die Abwertung der Grundstückspreise.« Doch dazu ist es in den vergangenen drei Jahren seit der Ent-

scheidung der Nagra für den Standort nicht gekommen. Dass den Gemeinden rund um das künftige Endlager jetzt womöglich auch noch eine hohe dreistellige Millionensumme als Ausgleichszah-

lung zukommt, hat die Gemüter zusätzlich beruhigt.

Bisher angefallener hochradioaktiver Abfall

ca. 27.000 m³ in Deutschland

ca. 9.300 m³ in der Schweiz

Wörter:	1.527	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Dirk Asendorpf	Nummer:	46
Seite:	32 bis 32	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Wissen	Auflage ¹ :	368.339 (gedruckt)
Rubrik:	Wissen		633.352 (verkauft)
Seitentitel:	Umwelt		642.472 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	1,314 (in Mio)
Mediengattung:	Wochenzeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹IVW 2/2025

²AGMA ma 2025 Pressemedien II

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Wendland

Verlängerte Zwischenlagerung: BGZ startet Bürgerbeteiligung in Gorleben

29. Oktober 2025 17:40 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Bürgerbeteiligung zu den verlängerten Zwischenlagerzeiten soll am Montag starten. Unter dem Motto "Zuhören, fragen, mitreden" lädt die **BGZ** (Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung) alle Interessierten aus der Region am 4. November zu einer Veranstaltung nach Hitzacker ein. "Ziel ist es, die Bürger aktiv in die Gestaltung der weiteren Schritte des Beteiligungsverfahrens einzubeziehen", schreibt die **BGZ**.

An diesem Abend der Austausch untereinander sowie die Fragen und Anregungen der Gäste im Fokus. „Es ist uns ein großes Anliegen, die Menschen bei dem anstehenden Genehmigungsverfahren mitzunehmen“, sagt Clara Utsch, Leiterin der Abteilung für Beteiligung bei der **BGZ**. „Da die verlängerte Zwischenlagerung eine generationenübergreifende Aufgabe darstellt, hoffen wir auf ein Interesse aus allen Generationen und breiten Schichten der Bevölkerung“. Die Veranstaltung wird unterstützt vom Institut für partizipatives Gestalten.

„Mit diesem Schritt knüpfen wir an die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung an, die wir seit Gründung der **BGZ** durch kontinuierliche Information und stetigen Dialog mit den Menschen vor Ort führen“, ergänzt Dr. Tristan Zielinski, Standortkommunikator der **BGZ** in Gorleben. Das bundeseigene Unternehmen wird bei der Auftaktveranstaltung auch über den aktuellen Sachstand zum Genehmigungsprozess für die verlängerte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle am Standort informieren.

Wann? 4. November, 18 bis 21 Uhr Wo? Hitzacker, VERDO

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Für Fragen steht das **BGZ**-Team per E-Mail an veranstaltungen@bgz.de zur Verfügung.

(Quelle: Pressemitteilung **BGZ**/Foto: Christoph Mick|**BGZ**)

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 [Energiefirmen.de](https://www.energiefirmen.de)

Nach Sprengung der AKW-Kühltürme in Gundremmingen folgt Neustart als RWE-Batteriestandort

29. Oktober 2025 18:30 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Münster – Nach insgesamt 60 Jahren ist am Standort Gundremmingen in Bayern die Nutzung der Kernenergie beendet. Bereits 2021 wurde das letzte der drei Atomkraftwerke abgeschaltet. Nach der Sprengung der beiden riesigen Kühltürme setzt der Energieversorger RWE auf einen Strukturwandel am Standort.

Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 legte die damalige Bundesregierung (CDU/CSU und FDP) für jedes Atomkraftwerk konkrete Abschalttermine fest. Die gesetzlich festgelegten Abschaltzeiten führten dazu, dass bis 2022 alle deutschen Kernkraftwerke stillgelegt wurden. RWE setzt auf Zukunft und baut in Gundremmingen nun ein hybrides Kraftwerk mit dem derzeit größten Batteriespeicher Deutschlands.

Drei Atomkraftwerke am Standort Gundremmingen über 60 Jahre Am Standort Gundremmingen waren insgesamt drei Atomkraftwerke in Betrieb. Block A war ein Siedewasserreaktor mit einer elektrischen Leistung von 237 MW (brutto: 250 MW) und der erste kommerzielle Leistungsreaktor dieser Bauart in Deutschland. Baubeginn war 1962, die Inbetriebnahme erfolgte 1967. Allerdings wurde Block A nach einem Störfall am 13. Januar 1977 mit Brennelementschaden und Dampf-Freisetzung - ohne Freisetzung radioaktiver Stoffe - stillgelegt. Das Kraftwerk diente als Blaupause für weitere Siedewasserreaktoren in Deutschland, unter anderem für Isar1, Brunsbüttel und Philippsburg1.

Block B ging 1984 in Betrieb, Block C folgte 1985. Beide sind Siedewasserreaktoren mit je 1.344 MW brutto und nutzten die beiden markanten Hyperboloid-Kühltürme, die jetzt gesprengt wurden. Gemäß dem Ausstiegsbeschluss 2011 durch CDU/CSU und FDP wurde Gundremmingen B im Jahr 2017 und Gundremmingen, Block C, 2021 abgeschaltet. Stand heute, d.h. im Jahr 2025, wären die beiden Atomkraftwerke 41 (B) bzw. 40 (C) Jahre alt und am Ende der regulären Betriebsdauer.

Über den langen Atomausstieg in Deutschland Der Atomausstieg in Deutschland hat eine lange politische Vorgeschichte. 2000 beschloss die rot-grüne Bundesregierung unter SPD und Grünen den gesetzlichen Ausstieg aus der Kernenergie. Grundlage war eine Vereinbarung über Reststrommengen für jedes Kernkraftwerk, die den Betreibern eine begrenzte Menge an Strom erlaubte, bevor die Anlagen abgeschaltet werden mussten.

2010 hob die Bundesregierung unter CDU/CSU und FDP diese Regelung auf und verlängerte die Laufzeiten der Kernkraftwerke. Die Verlängerung basierte auf den Reststrommengen und hätte rechnerisch dazu geführt, dass einige Kernkraftwerke bis etwa 2035 am Netz hätten bleiben können.

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 reagierte die Merkel-Regierung schnell: Am 30.

Juni 2011 beschloss sie erneut den **Atomausstieg**. Dabei wurden für jedes einzelne Kernkraftwerk in Deutschland konkrete Abschaltzeiten festgelegt, die schließlich dazu führten, dass bis 2022 alle deutschen Kernkraftwerke stillgelegt wurden.

Neustart am AKW-Standort Gundremmingen mit schwarzstartfähigem Hybridkraftwerk Der Energieversorger RWE nutzt den alten AKW-Standort Gundremmingen weiter, errichtet den derzeit größten Batteriespeicher Deutschlands und plant den Bau eines Solarparks sowie eines Gaskraftwerks. Der Batteriespeicher wird über eine Leistung von 400 MW sowie über eine Speicherkapazität von 700 MWh verfügen und den bestehenden Netzanschluss des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks nutzen. Für den Bau investiert RWE rund 230 Millionen Euro. Den symbolischen Spatenstich für das Vorzeigeprojekt hat das Unternehmen heute (29. Oktober 2025) im Beisein des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder vorgenommen.

Dr. Markus Krebber, CEO RWE AG, erklärte: „Das Energiesystem der Zukunft braucht leistungsfähige Speicher. Mit dem größten Batteriespeicher Deutschlands setzen wir am attraktiven Energiestandort Bayern ein starkes Zeichen. Gundremmingen zeigt: Wir nutzen unsere Standorte konsequent weiter – der neue Speicher ist hier erst der Anfang.“

Gundremmingen zeigt, wie konsequent RWE sein Batteriespeicher-Portfolio ausbaut. Die Anlage wird Strom fast zwei Stunden ununterbrochen mit 400 MW bereitstellen können. In den nächsten Monaten werden über 200 Container mit rund 850.000 Batteriezellen installiert. Dank modernster Steuerungstechnik und mehr als 100 ultraschnellen Wechselrichtern kann der Batteriespeicher Strom innerhalb von Millisekunden bereitstellen oder aufnehmen und damit das Stromnetz stabilisieren. Der kommerzielle Betrieb ist für Anfang 2028 geplant.

Der Batteriespeicher wird mit netzbildenden Wechselrichtern (grid-forming inverters) ausgestattet. Diese sind in der Lage, selbst ein stabiles Netz zu erzeugen und können Frequenz und Spannung bereitstellen, auch wenn kein externes Stromnetz vorhanden ist. Zusammen mit dem Solarpark und dem Gaskraftwerk entsteht so ein schwarzstartfähiges Hybridkraftwerk.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Stadtmagazin Bad Bramstedt

Wer bringt den (Atom)Müll nach unten?

29. Oktober 2025 00:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Norderstedt. Im April 2023 endete mit dem Herunterfahren der letzten drei Kraftwerke nach 62 Jahren die Nutzung der Kernenergie in Deutschland. Damit ist diese Technologie jedoch nicht abgeschlossen.

Deutschland benötigt nach dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung ein **Endlager** für seine verbleibenden hochradioaktiven Abfälle.

Nach aktuellem Kenntnisstand der Behörden ist eine Entscheidung für einen **Endlagerstandort** in den 2070er Jahren wahrscheinlich. Nach Planung, Genehmigung und Bau des **Endlagers** würde die Einlagerung erst weit im nächsten Jahrhundert abgeschlossen sein können. In diesem Zeitraum muss der hochradioaktive **Atommüll** weiter oberirdisch zwischengelagert werden. So lang dies für die heute lebenden Menschen erscheinen mag, ist es doch nur ein Bruchteil des für die sichere **Endlagerung** erforderlichen Zeitraums. Wir benötigen ein zuverlässiges und abgeschlossenes Lager für viele hunderttausende Jahre.

Doch wie soll der künftige Standort gefunden werden? Dr. Matthias Riede und Dr. Maike Weißpflug geben einen Einblick in ihre Arbeit beim **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)**. Das **BASE** beaufsichtigt die **Endlagersuche** und beteiligt die Öffentlichkeit an diesem Verfahren.

In der Veranstaltung erfahren die Teilnehmenden, wie der **Endlagerstandort** schrittweise gefunden werden soll, welche Herausforderungen aktuell im Verfahren bestehen und wie sie sich an der Suche beteiligen können.

Der OV Norderstedt freut sich, die beiden Mitarbeiter*innen das **BASE** begrüßen zu können. Wir laden auch herzlich Bürger*innen aus den umliegenden Kreisen ein. Auch in Schleswig-Holstein gibt es Regionen, die potenziell für ein **Endlager** geeignet wären. Aber vor allem ist es eine Herausforderung, die das ganze Land in und für die Zukunft lösen muss.

Der Veranstaltung findet statt am 14. November um 19.00 Uhr in der Aula der Willy-Brandt-Schule, Lütjenmoor 7. Sie liegt etwa 700m von der U-Bahn Haltestelle Garstedt entfernt.
